Putin versucht, die Opposition wegzulächeln

Die Bürgerstunde im Fernsehen drehte sich um die Proteste gegen die Wahlen

Von Frank Nienhuysen, Moskau
Er ging mit lockerem Schritt und grüner
Mappe in das Fernsehstudio, Wladimir
Putin lächelte, jetzt wurde es also ernst.
Entspannt setzte er sich auf den Stuhl
neben dem jungen blondhaarigen Mo-
derator, der auch gleich rausrückte mit
der Sprache. Wladimir Wladimiro-
witsch habe ja bisher noch nichts gesagt
zu den Massenprotesten des vergange-
nen Wochenendes, zu den Vorwürfen
der Wahlfälschung. Nun musste er sich
bekennen. Fünf Fernseh-und Radiosta-

tionen übertrugen live, auch das ferne
Wladiwostok, das viele Stunden voraus
bereits in abendlicher Dunkelheit lag,
war zugeschaltet.

Das russische Volk wartete auf die-
sen Auftritt. Es war Putin anzumerken,
dass er Gelassenheit ausstrahlen wollte.
Nur nicht nervös wirken wegen Zehn-
tausender Menschen, die nach der um-
strittenen Parlamentswahl allein in
Moskau auf die Strasse gingen und letzt-
lich auch ihn selber infrage stellten: den
Premier und Chef der herrschenden Re-
gierungspartei, den mächtigsten Mann
Russlands.

Rechtfertigung ist gefragt
Es seien ja viele junge Leute unter den
Demonstranten gewesen, intelligente,
die aktiv seien und ihre Meinung klar
äusserten, sagte Putin. «Wenn dies das
Ergebnis des Putin-Regimes ist, freue ich
mich darüber», sagte er und lachte.
Aber man spürte, eigentlich war ihm
nicht danach. Zum zehnten Mal absol-

vierte Putin am Donnerstag das jährli-
che Ritual einer Befragung durch das
russische Volk. Es war Putins Bürger-
stunde, und diese war wohl seine wich-
tigste. Zum ersten Mal musste er sich als
Ministerpräsident rechtfertigen für die
Regierungspolitik und zugleich emst-
haft werben für seine Kandidatur um
das Amt des Präsidenten, in das er An-
fang März wieder gewählt werden will.

Es steht viel auf dem Spiel. Denn es
geht für Putin nicht nur einfach um
sechs weitere Jahre als Kremlchef. Es
geht auch darum, ob er das bisherige
Kontrollsystem über Politik und Gesell-
schaft erhalten kann oder ob sich Russ-
land neu erfinden muss, mehr Demokra-
tie wagt. Putin aber verteidigte das Er-
gebnis der umstrittenen Parlaments-
wahl und versuchte das lästige Thema
Proteste mit einem Cocktail aus Witz-
chen, Ironie und Strenge zu nehmen.
Beim Anblick der weissen Bändchen,
Zeichen der Demonstranten für ihr Ver-
langen nach sauberen Wahlen, habe er
ja offen gestanden zuerst an eine Kam-
pagne gegen Aids gedacht. «Das ist für
die Jugend ja auch besonders aktuell.»
Den Studenten sei Geld gezahlt worden,
damit sie auf die Strasse gehen, «nun, es
ist gut, wenn sie ein bisschen verdie-
nen», sagte Putin.

Tiefer Groll gegen Proteste
Er war äusserlich gelassen. Doch dann
zeigte er doch noch, was in ihm steckt:
Tiefer Groll gegen den anschwellenden
Unmut, sein unbeirrter Wille, «Kräfte
von ausserhalb» zu beschuldigen, die
angeblich das Land destabilisieren und
Chaos stiften wollten. «Dieses falsche
und inakzeptable Ziel dürfen wir nicht
zulassen», sagte er.
Dann stand im Studio Alexej Wene-
diktow auf, ein Mann mit grauem Bart
und wildem Haarschopf. Wenediktow ist
Chefredaktor des kritischen Radiosen-
ders Echo Moskaus, und er sagte, dass
Putin nicht ganz richtig liege. Es sei kei-
neswegs die organisierte Opposition zu
Zehntausenden auf den Moskauer Bolot-
naja-Platz gegangen. Sondern Bürger,
die für ehrliche Wahlen seien.
Putin blieb indes bei seiner abstrak-
ten Verteidigung. Es sei doch in jedem
Land so, dass die Opposition dem Ge-

Bloss nicht n< is wirken: Wadimir Putin absolvierte die Fragestunde mit zur Schau gestellter Gelassenheit. Foto: Reuters

winner vorwerfe, die Wahl sei nicht fair
gewesen. Das Ergebnis in Russland aber
drücke die ehrlichen Kräfteverhältnisse
im Land aus. Einige der angezweifelten
Ergebnisse seien bereits überprüft wor-
den, und wer jetzt noch etwas anfech-
ten will, der müsse vor Gericht ziehen,
sagte Putin.
Und er richtete den Blick nach vorn:
Denn nach der Wahl ist vor der Wahl.
Am 4. März findet die Wahl des Präsi-

denten statt, und sie solle so transpa-
rent werden wie nie zuvor. Jede der
90 000 Wahlkabinen könne mit Webka-

meras ausgestattet werden, schlug der
Premier vor. «Lasst sie neben jeder
Wahlurne sein, damit Fälschungen ver-
hindert werden.»

Ein Oligarch fordert ihn heraus
Doch auch Putin weiss, dass er über die
Bedenken vieler aufgebrachter Russen
nicht einfach nur hinweggehen kann.
Von einer breiteren demokratischen
Basis sprach er deshalb, und dass er als
Präsident mit allen politischen Kräften
zusammenarbeiten werde, auch mit der
«unversöhnlichen Opposition». Die aber

scheint sich derweil weiter von Putin
emanzipieren zu wollen. Michail Pro-
chorow, einer der reichsten Menschen
Russlands und Herausforderer von Pu-
tin für das Amt des Präsidenten, kün-
digte jedenfalls eine echte Alternative
zum bisherigen Putin-Kurs an. Sollte er
gewinnen, sagte Prochorow, kurz bevor
Putin das Fernsehstudio betrat, dann
werde er den Kreml-Kritiker Michail
Chodorkowski freilassen. Vor einem Jahr
hatte Putin in seiner Bürgerstunde noch
gesagt, der Mann gehöre zu Recht ins
Gefängnis.

Mediif^aews Besuch in Brüssel

iropa schmeichelt den Russen
Lussland will den Europäern
bei der Eurokrise helfen.

Die halten sich dafür mit

Kritik an den russischen

'arlamentswahlen zurück.

Ynn ^TYphiin f---*1

, grOj
Wenn nur das Europaparlament nicht
wäre. Die aufmüpfigen EU-Abgeordne-
ten hätten beinahe noch die Harmonie
gestört. «Das sind unsere Wahlen, nicht
Ihre», zeigte sich Russlands Präsident
Dmitri Medwedew in Brüssel am Gipfel
mit der E U entrüstet. Auch zu Hause in
der russischen Duma sei die Kritik der
Europäer schlecht angekommen:
«Unsere Parteien sind empört; das
Europaparlament soll sich mit den euro-
päischen Problemen befassen.» Davon
gebe es bekanntlich genug.
Die russischen Parlamentswahlen
hätten nicht demokratischen Standards
entsprochen und müssten wiederholt
werden, hatten Europaparlamentarier
im Vorfeld des EU-Russlandgipfels laut-
hals protestiert. EU-Ratspräsident Her-
man Van Rompuy zeigte sich da gestern
an der Seite von Dmitri Medwedew nach-
sichtiger. Man habe eine «ehrliche Dis-
kussion» über die Wahlen geführt. «Wir
begrüssen die Bereitschaft, Unregelmäs-
sigkeiten aufzuklären.»

Auch EU-Kommissionspräsident Jose
Manuel Barroso wollte die gute Stim-
mung nicht trüben: «Ich bin sehr glück-

lich über die Qualität des Dialogs.» Med-
wedew konstatiere, dass die Beziehun-
gen noch nie so gut gewesen seien. Bis-
her ging es vor allem um Energie, und da
sind beide aufeinander angewiesen. Die
Europäer sind abhängig von den russi-
schen Gaslieferungen, Russland braucht
Europa als Absatzmarkt und Investor.
Moskau habe geradezu feindlich auf die
Verhandlungen der E U mit Turkmenis-
tan und Aserbeidschan über die trans-

kaspische Pipeline reagiert, sagten EU-
Diplomaten im Vorfeld des Treffens.

Streit gibt es auch bei der Entflech-
tung von Netz und Energieproduktion,
wie sie von der E U vorangetrieben und
etwa in Litauen dazu führen wird, dass
der russische Energiekonzern Gazprom
sein Monopol verliert.

Russland stellt Geld in Aussicht

Doch für Medwedew hätte es bei seinem
Abschiedsbesuch als russischer Präsi-
dent nicht besser laufen können. Mit der
Eurokrise ist die E U in der Partnerschaft

stärker in die Rolle des Bittstellers gera-
ten. Schon im Vorfeld zeichnete sich ab,
dass Russland die Eurozone im Kampf
gegen die Schuldenkrise über den Inter-
nationalen Währungsfonds (IWF) min-
destens 10 Milliarden Euro zur Verfü-
gung stellen könnte. «Das Vereinigte
Europa ist für uns sehr wichtig», sagte
Medwedew in Brüssel. Die EU-Staaten
müssten den Euro «als eine der wichtigs-
ten Währungen» bewahren. Es liege im
Interesse seines Landes, die E U als

«kraftvolle politische und wirtschaftli-
che Macht» zu erhalten.
Russland wickle die Hälfte seines
Aussenhandels mit der E U ab, sagte der
Medwedew. Und es dürfte bald mehr
werden, wenn Russlands Beitritt zur
Welthandelsorganisation (WTO) am
Freitag in Genf besiegelt wird. Russland
halte mehr als 40 Prozent seiner Wäh-
rungsreserven in Euro, fügte Medwedew
hinzu: «Wir sind bereit, Hilfen über den
IWF und andere Massnahmen zur Unter-

stützung zu prüfen.» Konkrete Zahlen
nannte er aber nicht. Der wichtigste Ent-
scheid sei ohnehin bei den Europäern
selber: Am Ende könnten sich die Euro-
päer nur selber helfen. EU-Ratspräsi-
dent Van Rompuy kündigte gestern
prompt den nächsten Eurosondergipfel
für spätestens Anfang Februar an.

Einen kleinen Misston gab es bei der
Visumspolitik, wo Russland auf bald
Reisefreiheit drängt und die Europäer
nur schrittweise Erleichterungen anbie-
ten wollen. Sie habe für den Gipfel nur
ein dreitägiges Visum bekommen, be-
klagte sich eine russische Journalistin.
Kommissionspräsident Barroso konnte
für den nächsten Gipfel in einem Jahr
noch keine Visumsfreiheit versprechen,
verwies jedoch auf spezielle Programme
für Journalisten. «Vielleicht bekommen
Sie nächstes Jahr ein Visum für sechs
Tage», sagte Medwedew mit ironischem
Unterton zur Journalistin und erlaubte
sich zum Abschluss einen kleinen Sei-
tenhieb an die Adresse der Gastgeber.